LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Nummer: **15/1997**
Art der Anfrage: Anfrage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI zum aktuellen Stand der Planungen zur Gedenkstätte Stalag 326 in Schloss Holte-Stukenbrock

Datum: 19.10.2023
Anfrage von:
Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI

Beratungsfolge

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Öffentlichkeitsstatus*
Kulturausschuss (Entscheidung)	25.10.2023	Ö

Sachverhalt und Fragen
Sehr geehrter Herr Dr. Lunemann,

die Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI im LWL und DIE LINKE-Fraktionen und -Gruppen aus ganz Ostwestfalen-Lippe unterstützen nach wie vor die Erweiterung der Gedenkstätte Stalag 326 in Schloss Holte-Stukenbrock, sowie die Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung. Wir fordern alle beteiligten Ebenen auf, konstruktiv nach Lösungen für die Realisierung zu suchen. Die Umsetzung der Planungen darf nicht von kleingeistigen und rechtsgerichteten Scheinargumenten, die insbesondere durch AfD und CDU im Umfeld des Gütersloher Kreistagsvotums geäußert wurden, verhindert werden. Dafür ist uns das Gedenken an die Opfer des Faschismus – in diesem Fall die Zwangsarbeiter*innen aus der UdSSR - zu wichtig. Wir fordern deshalb den LWL und persönlich Frau Dr. Rüschoff-Parzinger auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun um die Planungen zu einem guten Ergebnis zu führen.

In Anbetracht der aktuellen Diskussionen um die Finanzierung der Betriebskosten für die zukünftige erweiterte Gedenkstätte Stalag 326 und den negativen Beschluss von CDU, UWG/FWG und AfD im Kreistag Gütersloh bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Konsequenzen hat der negative Beschluss des Kreistags Gütersloh zur Übernahme von Betriebskosten für die Umsetzung des Plans zur Erweiterung der Gedenkstätte?

2. Die OWL-CDU und die OWL-SPD haben das Land und den LWL aufgefordert, eine Lösung für die Betriebskosten ohne die Belastung der Kreishaushalte zu finden. Gibt es in dieser Frage Gespräche zwischen den Beteiligten? Falls ja, mit welchem Ergebnis?

3. Gibt es einen „Plan B“, falls bis zum Jahresende keine ausreichenden Beschlüsse zur Übernahme der Betriebskosten durch die Kommunen gibt? Ist das Projekt „Erweiterung der Gedenkstätte“ dann gescheitert?

4. Welche Möglichkeiten sieht die LWL-Kulturabteilung, den Bund zu einem Anteil an den Betriebskosten zu bewegen? Gibt es dazu Gespräche mit der Kulturstaatsministerin Claudia Roth oder anderen Mitgliedern der Bundesregierung oder den nachgeordneten Ebenen? Falls ja, mit welchem Ergebnis?

5. Welche Möglichkeiten sieht die LWL-Kulturabteilung, das Land zu einem (erhöhten) Anteil an den Betriebskosten zu bewegen? Gibt es dazu Gespräche mit dem Landtagspräsidenten André Kuper oder mit Mitgliedern der Landesregierung oder den nachgeordneten Ebenen. Falls ja, mit welchem Ergebnis?

6. Welche Möglichkeiten sieht die LWL-Verwaltung, den Anteil des LWL an den Betriebskosten zu erhöhen? Gibt es dazu interne Beratungen zwischen Kulturabteilung und Finanzabteilung? Ist es denkbar oder vielleicht schon angedacht, dass die Landschaftsumlage zweckgebunden um einen entsprechenden Betrag angehoben wird? Um welchen Prozentbetrag müsste die Landschaftsumlage für alle Mitgliedskommunen angehoben werden, um die Betriebskosten dadurch zu finanzieren?

Wir bitten um eine schriftliche Beantwortung der Fragen.

Falls die Beantwortung einzelner (Teil-)Fragen nur nichtöffentlich erfolgen werden kann, bitten wir um eine entsprechende nichtöffentliche schriftliche Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Sonja Crämer-Gembalczyk
Mitglied im Kulturausschuss

f.d.R. Stefan Müller
Fraktionsmitarbeiter

Anlage/n
Keine